

Amerika hat den Bogen überspannt

von Rainer Herman, Istanbul

Um ihre politischen Ziele in Iran zu erreichen, setzt die amerikanische Regierung mit ihrer Finanzmacht die deutsche Wirtschaft in bisher ungekanntem Maße unter Druck. Mehrfach hat sie hochrangige Delegationen nach Deutschland entsandt. Kaum waren diese wieder zu Hause, zogen sich die großen deutschen Banken aus dem Irangeschäft zurück. Die Geschäfte deutscher Unternehmen zum Bau neuer petrochemischer Werke oder zur Lieferung neuer Produktionsstraßen für Automobile mögen ein Dorn im Auge Washingtons sein, doch nach deutschem, europäischem und internationalem Recht waren und sind sie legal. Nichts, was deutsche Unternehmen und Banken in Iran getan haben, verstieß gegen das Teilembargo der Vereinten Nationen.

Die amerikanische Regierung übte ihren Druck nicht auf die Tochtergesellschaften deutscher Banken in den Vereinigten Staaten aus, sondern auf die Mutterhäuser selbst, und das in Deutschland. Keiner weiß, welche Drohungen ausgesprochen wurden. Ein Vertreter einer Bank sprach von "Erpreßbarkeit". Tatsache ist, daß sich die deutschen Banken dem Druck beugten und sich "freiwillig" aus dem Iran-Geschäft zurückgezogen haben. Selbst langjährigen privaten Stammkunden, die dem Regime fernstehen, kündigten sie die Konten. Ohne eine Finanzierung über die Banken werden keine Geschäfte mehr abgeschlossen, und ohne funktionierendes Bankwesen findet kein Außenhandel mehr statt. Eingetreten ist ein gefährlicher Präzedenzfall. Was heute gegenüber Iran praktiziert wird, kann morgen in China angewandt werden und übermorgen in anderen Märkten.

Deutschland hat in den vergangenen Wochen einen Teil seiner außenwirtschaftspolitischen Souveränität eingebüßt. Denn die deutschen Unternehmen und Banken können nicht länger jene Geschäfte tätigen, die mit dem geltenden Recht vereinbar sind. Nicht die Bundesregierung hat entschieden, wo für deutsche Unternehmen und Banken die Grenzen des Iran-Geschäfts liegen, auch nicht die EU. Diese Entscheidung hat ihr - nicht gerade elegant - die Regierung in Washington abgenommen. Der Hinweis auf den Krieg gegen den Terror verdrängt alle Bedenken.

Zugegeben: Das Teilembargo der Vereinten Nationen geht Washington nicht weit genug, durchaus mit guten Argumenten. Nicht wenige in Deutschland teilen diese. Der neue transatlantische Zangengriff nimmt Deutschland (und der EU) aber das Recht, zu einer eigenen Entscheidung zu kommen, in welchem Umfang man das Iran-Geschäft fortsetzen will. Mit ihrer Finanzkraft haben die Vereinigten Staaten ihre Entscheidung dem alten Kontinent aufgezwungen. Offenbar will Washington nicht akzeptieren, daß seine Verbündeten beim Thema Iran abweichende Meinungen einnehmen oder daß jene (noch) zu Konzessionen gegenüber China und Rußland bereit sind.

Die Auseinandersetzung über den Umfang des Iran-Geschäfts lehrt, daß Finanzmacht ein geeignetes Mittel geworden ist, um politischen Druck auszuüben und die außenwirtschaftspolitische Souveränität anderer Staaten auszuhebeln. Sie lehrt auch, daß das europäische Bankensystem schon so eng mit dem amerikanischen vernetzt ist, daß amerikanische Behörden offenbar die Daten internationaler Transaktionen nach Geschäften etwa mit Iran durchforsten können. Einen Vorgeschmack auf die Zukunft liefert ein amerikanischer Vorschlag, der bei der OECD kursiert und der im Rahmen einer schärferen Kontrolle der internationalen Finanzströme die Banken verpflichten will, bei internationalen Transaktionen das Grundgeschäft zu prüfen. Banken sollen also eine private Ersatzbehörde

für die amerikanische Exportkontrolle werden. Sie sollen nicht mehr das Funktionieren der Wirtschaft sicherstellen, sondern einen politischen Auftrag erfüllen.

Weder erfolgte ein Protestgeschrei der deutschen Wirtschaft, noch erhebt die Bundesregierung Einspruch. Weiß die Bundesregierung überhaupt, wann und welche amerikanischen Regierungsvertreter Deutschland ihre Besuche abgestattet haben? Kennt sie Inhalt und Ergebnisse dieser Gespräche? Viel Phantasie braucht es nun nicht mehr, sich vorzustellen, daß nach den Banken die Industrie an die Reihe kommt. Hieße der aktuelle Anlaß nicht Iran, es wäre einfacher, Einspruch gegen das Vorgehen der amtierenden amerikanischen Regierung einzulegen und sie daran zu hindern, den Bogen weiter zu überspannen. Leisetreteri hat sich breitgemacht. Die Bundesregierung schweigt, zumindest in der Öffentlichkeit, und die Banken hatten das Gefühl, alle ließen sie im Regen stehen. Es will sich ja keiner dem Verdacht aussetzen, mit dem iranischen Regime zu sympathisieren. Dabei geht es um weit mehr: daß sich einzelne Staaten das Recht herausnehmen, internationales Recht durch nationales Vorgehen zu unterlaufen, und daß sie damit anderen Staaten schaden.

Das Vakuum, das der Rückzug der deutschen und europäischen Banken aus Iran schafft, trifft die deutsche Wirtschaft. In Iran verleiht es jenen Kräften Auftrieb, die eine Autarkie der Islamischen Republik anstreben. Zur Implosion des Regimes von Staatspräsident Mahmud Ahmadinedschad wird es nicht führen. Der Bundesregierung droht wegen ihrer Passivität ein Verlust an politischer Glaubwürdigkeit. Die deutschen Banken büßen bei ihren iranischen Kunden das Vertrauen ein, das sie über viele Jahre aufgebaut hatten. Und nun könnte auch die Industrie das Vertrauen ihrer Kunden verlieren, sollte es ihr nicht gelingen, alternative Finanzwege zu finden. Es sei denn, die Staatengemeinschaft bietet der deutschen und der europäischen Wirtschaft politischen Schutz mit neuen, international abgestimmten Sanktionsmaßnahmen.

Text: F.A.Z., 22.09.2007, Nr. 221 / Seite 11
Übersandt von Gigi Romeiser